

Beschluss der ÖDP-Mitgliederversammlung vom 13.02.2014

Ökologisch und Demokratisch – Das Wahlprogramm der ÖDP

Liebe Mainzerinnen und Mainzer,

die ÖDP ist dank Ihrer Unterstützung seit nunmehr 10 Jahren im Mainzer Stadtrat vertreten. Als einzige echte demokratische Opposition legen wir immer dort den Finger in die Wunde, wo die etablierten Parteien sich in Lobbyarbeit und faulen Koalitionskompromissen verlieren. Wir stoßen wichtige Themen an, die andere lieber totschweigen und verbuchen mit kontinuierlicher Arbeit immer wieder Erfolge auf dem Weg zu einem lebenswerteren Mainz. Die Rettung der Neutorschule, das Rauchverbot auf Spielplätzen, der Kampf gegen das ursprünglich geplante Kohlekraftwerk auf der Ingelheimer Aue und viele Initiativen im Stadtrat und den Ortsbeiräten sind einige Beispiele dafür, dass es sich lohnt, uns in den Stadtrat zu wählen. Doch es gibt noch eine Menge zu tun. Was genau wir in den kommenden fünf Jahren gemeinsam mit Ihnen anpacken wollen, lesen Sie in diesem Kurzprogramm.

Ihr Dr. Claudius Moseler

Transparenz und Demokratie

Transparenz in Verwaltung und Politik

Wir setzen uns für klare Verwaltungsabläufe und öffentliche Sitzungen des Stadtvorstandes sowie der Aufsichtsratsgremien der stadtnahen Gesellschaften ein. Stadtratssitzungen sollen im Internet übertragen werden (Livestream).

Öffentliche Ausschreibungen

Dezernentenstellen, Aufsichtsratsmitgliedschaften sowie Führungspositionen der stadtnahen Gesellschaften sind nach öffentlichen Ausschreibungen und einem transparenten Entscheidungsverfahren zu besetzen.

Korruptionsbekämpfung

Wir wollen unabhängige Anti-Korruptionsbeauftragte, um Korruption in der öffentlichen Verwaltung, z. B. bei der Auftragsvergabe, vorzubeugen. Dieser Beauftragte soll Einsicht in alle Akten haben und vom Rechtsamt der Stadt Mainz unterstützt werden. Über eventuelle Unregelmäßigkeiten soll er unmittelbar allen Fraktionen im Stadtrat Bericht erstatten. Spätestens alle zwei Jahre legt er einen Gesamtbericht vor.

Ortsbeiräte stärken

Die Ortsbeiräte brauchen mehr Kompetenzen. Sie müssen den Ausschüssen des Stadtrates gleichgestellt werden, um Projekte im Sinne der Bürgerinnen und Bürger vor Ort realisieren zu können.

Bürgerbeteiligung

Durch jährliche Bürgerversammlungen in den Ortsteilen wollen wir die Identifikation der Bürger mit ihrem Wohnort stärken.

Die ÖDP setzt sich für die einfachere Umsetzbarkeit von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden ein. Dazu muss die Stadt beim Land Rheinland-Pfalz entsprechende Gesetzesänderungen einfordern.

53

54 **Finanzen**

55 Die Tilgung der über die Jahre angehäuften städtischen Schulden wird sich in den nächsten
56 Jahrzehnten nicht alleine mit Hilfe des sogenannten Entschuldungsfonds realisieren lassen.
57 Aber wenn zumindest die Sünde der alljährlichen Neuverschuldung vermieden und
58 wenigstens ein noch so kleiner Überschuss erzielt werden kann, so ist bereits viel
59 gewonnen. Hierzu schlagen wir unter anderem folgende Maßnahmen vor:

60

61 **Landeshauptstadtzuschuss**

62 Die Stadt Mainz muss vehement darauf dringen, dass bei der Bemessung des
63 Landeshauptstadtzuschusses die Rolle der Stadt als Oberzentrum stärker gewürdigt wird.

64

65 **Kontrolle der Städtischen Gesellschaften**

66 Die Kontrolle der Gesellschaften durch Aufsichtsräte und die Stadt hat in der Vergangenheit
67 versagt. Die Umwandlung der städtischen Aktiengesellschaften (wie z.B. der Stadtwerke
68 Mainz AG) in GmbHs würde das städtische Risiko verringern. Zudem muß die Tiefe der
69 Unternehmensverschachtelungen reduziert werden. Die Mitglieder des Stadtrates müssen in
70 die Lage versetzt werden, eine effizientere Kontrolle auszuüben. Um den hierfür
71 erforderlichen Sachverstand zu schärfen, müssen insbesondere alle Aufsichtsratsmitglieder
72 verpflichtend an Schulungen teilnehmen.

73

74 **Aufgabenkritik**

75 Die stadtnahen Gesellschaften sollen ausschließlich ihre jeweiligen Kernaufgaben
76 wahrnehmen. Zur Straffung der Unternehmensstrukturen sollen Gesellschaften mit ähnlichen
77 Aufgabenbereichen (z. B. Wohnbau, Mainzer Aufbaugesellschaft,
78 Grundstücksverwaltungsgesellschaft) fusionieren.
79 Geeignete Geschäftsbereiche sollen wieder durch die kommunale Verwaltung übernommen
80 werden.

81

82 **Kosten-Controlling**

83 Mainz benötigt dringend ein unabhängiges Kosten-Controlling für den Haushalt der
84 Verwaltung, um einen vorurteils- und ideologiefreien Blick auf Einsparpotentiale zu
85 ermöglichen. Das Personal in der Verwaltung kann durch Umstrukturierungen effizienter
86 eingesetzt werden, um die am höchsten belasteten Ämter zu entlasten.

87

88 **Führungspositionen**

89 Die Anzahl der hauptamtlichen Dezernentenstellen (Beigeordneten) muss auf maximal vier
90 begrenzt werden. Vorzeitige Besoldungserhöhungen dürfen nicht mehr stattfinden.

91

92 Sämtliche Vergütungen und Gehaltsstrukturen von Vorständen und Aufsichtsräten in den
93 stadtnahen Gesellschaften müssen auf den Prüfstand.

94

95 Die Besoldung von Amtsleiterstellen ist auf maximal Besoldungsgruppe A 15 zu deckeln.

96

97 **Dienstfahrzeuge**

98 Die Ausgaben für Dienstfahrzeuge müssen reduziert werden, insbesondere auch für den
99 Stadtvorstand. Car-Sharing für Dezernenten und der Einsatz von Fahrradkurieren im
100 städtischen Auftrag ist für uns selbstverständlich.

101

102 **Mainzer Ortsbezirke**

103 Den Ortsteilen ist im Rahmen des städtischen Haushaltes ein substantieller eigener
104 Verfügungsrahmen zu gewähren (Zuweisung entsprechend der Einwohnerzahl). Denn vor
105 Ort können viele Entscheidungen effizienter getroffen werden.

106
107
108
109
110
111

Kommunaler Bürgerhaushalt

Wir fordern die Einführung des Kommunalen Bürgerhaushalts, damit die Mainzerinnen und Mainzer in der Ausgabenpolitik mitbestimmen können.

Kommunale Daseinsvorsorge

112
113
114

Wasserversorgung

Die kommunale Wasserversorgung ist mit allen Mitteln zu erhalten. Die Bestrebungen der EU in diesem Zusammenhang lehnen wir ab. Unser Trinkwasser ist Teil der unverzichtbaren Daseinsvorsorge. Es darf nicht zum Spielball von Konzernen werden, die zur eigenen Gewinnmaximierung an der Preisspirale für unser wichtigstes Lebensmittel drehen oder die unbedingt notwendigen hohen Qualitätsstandards in Frage stellen.

120
121

Feuerwehr

Sicherheit geht vor: Die Mainzer Berufsfeuerwehr hat immer noch zu wenig Personal. Offene Stellen müssen dringend besetzt werden.

124
125

Bürgerservice

Der Bürgerservice in den Ortsverwaltungen wurde durch die Koalitionäre von SPD, Grünen und FDP bereits empfindlich eingeschränkt. Wir werden keine weiteren Verschlechterungen zulassen.

129
130

Einkaufsstandort Mainz stärken

Das Oberzentrum Mainz muss – auch als Einkaufsstandort – weiter gestärkt werden, besonders der inhabergeführte Einzelhandel.

134
135

Masterplan für Mainz

Uns kommt es darauf an, nicht nur den klassischen Tripol (Brand, Ludwigsstraße, Römerpassage) zu stärken, sondern die gesamte City in der Fläche, z.B. Neubrunnen- und Münsterplatz. Die ÖDP fordert darum seit Jahren einen städtebaulichen Masterplan für Mainz. Dieser hätte die Diskussion um ein neues Einkaufsquartier an der Ludwigsstraße von Beginn an auf solide Füße stellen können. Ohne ein ganzheitliches Konzept läuft Mainz nun Gefahr weitere Fehlplanungen und Bausünden in Kauf zu nehmen.

142
143

Einkaufsquartier Ludwigsstraße

Mit uns wird die Ansiedlung eines Einkaufsquartiers in der Ludwigsstraße nur in einer wirtschaftlich angemessenen Größe in Bezug auf Angebot und Verkaufsflächen möglich sein. Einkaufen, Dienstleistungen und Wohnen müssen bei den Planungen gleichermaßen berücksichtigt werden.

148
149

Für uns stehen die Interessen aller Gewerbetreibenden in der Innenstadt ganz klar über den Einzelinteressen eines Investors. Sollte mit ECE kein Einvernehmen zu erzielen sein, werden wir daher die „Ausstiegsoption“ heranziehen. Ein gelungenes Projekt kann auch mit anderen Investoren realisiert werden.

153
154

Da die endgültigen Entscheidungen zur Entwicklung der Ludwigsstraße voraussichtlich getroffen werden, bevor ein Masterplan vorliegt, fordern wir für das neue Einkaufsquartier:

- den für die Innenstadt erforderlichen Nutzungsmix aus Einkaufen, Wohnen, Gewerbe und Kultur.
- die Bereitschaft des Investors im öffentlichen Raum Platzgestaltungen zu finanzieren.

- 159 • eine Begrenzung der Gesamtfläche auf allerhöchstens 25.000 qm.
160 • eine starke Durchwegung, mehrere Ein- und Ausgänge und den Erhalt öffentlichen
161 Raums und damit die Vernetzung mit der City.
162 • ein Verträglichkeitsgutachten, auch für die innerstädtischen Randlagen.
163

164 Es existieren Alternativen zu dem bisherigen mit dem Investor ECE eingeschlagenen Weg.
165 Wir wollen über sinnvolle städtebauliche Alternativen am Karstadt-Standort diskutieren.
166 Um die City insgesamt attraktiver zu gestalten, müssen Grünflächen und Ruhezeiten sowie
167 Treffpunkte mit Sitzmöglichkeiten geschaffen werden.
168

169 **Verkehr in der City**

170 Einkaufen in Mainz soll besonders attraktiv für alle sein, die zur Fahrt in die Innenstadt auf
171 den ÖPNV oder das Fahrrad zurückgreifen. Wir setzen uns für ein umfassendes Konzept
172 ein, dass Mainz deutlich vom Autoverkehr entlastet. Dabei helfen Park&Ride-Anlagen mit
173 günstigen ÖPNV-Anschlüssen, zentrale Fahrradabstellplätze und
174 Gepäckaufbewahrungsmöglichkeiten in der Innenstadt.
175

176 **Versorgung in den Ortsteilen**

177 Ein lückenloses Versorgungsnetz für Waren des täglichen Bedarfs ist auch in den Mainzer
178 Ortsteilen notwendig. Durch Wochenmärkte in den Ortsteilen könnte ein erster Schritt getan
179 werden, um schnell die derzeit vielerorts bestehende Versorgungslücke zu mildern. Es darf
180 kein Monopol der Supermärkte am Stadtrand geben. Das Zentrenkonzept ist zu beachten.
181

182 **Ab-Hof-Verkauf**

183 Wir befürworten den Aufbau eines Erzeuger-Verbraucher-Rings bzw. Werbung für
184 zusätzliche Ab-Hof-Verkaufsangebote für landwirtschaftliche Produkte.
185
186

187 **Stadtentwicklung und Wohnen**

188

189 **Grünflächen und Bebauung**

190 Wir wollen Wohngebiete mit vielen Grünflächen. Wir müssen sparsamer mit den wertvollen
191 Flächen unserer Stadt umgehen. Alle brachliegenden Flächen und Baulücken sollen zuerst
192 genutzt werden, bevor neue Flächen erschlossen und bebaut werden. Flächenverbrauch zu
193 Lasten von Landwirtschaft und Natur lehnen wir ab.
194

195 **Nachverdichtungen**

196 Unverträgliche Nachverdichtungen wie beispielsweise die Planungen der städtischen
197 Wohnbau und anderer Investoren im Martin-Luther-King-Park in Hartenberg/Münchfeld oder
198 in der Martin-Luther-Straße in der Oberstadt lehnt die ÖDP konsequent ab. Auch dürfen der
199 Volkspark und der Grüngürtel in der Oberstadt nicht weiter bebaut werden.
200

201 **Klimaschutz**

202 Vor allem größere Bauvorhaben müssen immer das Stadtklima im Auge behalten. Wir dürfen
203 keine zusätzlichen Hitzeinseln in Mainz schaffen. Die Frischluftschneisen und
204 Kaltluftentstehungsgebiete müssen ohne Einschränkung erhalten werden.
205

206 **Grünflächen in der City**

207 Wir fordern eine stärkere Begrünung am Jockel-Fuchs-Platz, Markt, Liebfrauenplatz und der
208 Ludwigsstraße sowie die Wiederbegrünung des Gutenbergplatzes – gleiches gilt auch für
209 Neubaugebiete. Im Vergleich mit anderen Städten liegt Mainz mit seinem erheblichen Defizit
210 an Grünflächen weit zurück. Daher fordern wir, in den Bebauungsplänen 8 Prozent der
211 Flächen für öffentliches Grün festzuschreiben. Lässt sich dieser Anteil nicht in dem

212 betreffenden Gebiet realisieren, sollen an gleichwertiger Stelle zusätzliche öffentliche
213 Grünflächen in entsprechender Größe entwickelt werden.

214

215 **Zoll- und Binnenhafen**

216 Der Zoll- und Binnenhafen in der Neustadt sollte für eine Mischnutzung aus Wohnen und
217 Arbeiten ausgewiesen werden. Eine weitere reine Luxuswohnbebauung wollen wir
218 verhindern, da sie für die Mehrzahl der Wohnungssuchenden in Mainz finanziell nicht
219 erschwinglich ist. Konflikte zwischen einer Wohnbebauung und den angrenzenden Industrie-
220 und Gewerbebetrieben müssen schon in der Planungsphase ausgeschlossen werden. Der
221 Schutz der Anwohner vor Lärm darf nicht in Konkurrenz zur Überlebensfähigkeit des
222 einzigen Mainzer Industriegebietes treten.

223

224 **GFZ-Kaserne**

225 Das Gebiet der GFZ-Kaserne wird in naher Zukunft von der Bundeswehr geräumt. Wir
226 setzen uns für eine frühzeitige Entwicklung eines Bebauungsplans unter Beteiligung der
227 Bürger ein. Der Bebauungsplan soll Wohnungen, ausreichend Grün- und Spielflächen sowie
228 gewerbliche Flächen zur Versorgung des täglichen Bedarfs vorsehen. Wir setzen uns für den
229 Erhalt des Bundeswehrverwaltungsgebäudes ein. Es soll zu einem Zentrum für die
230 Oberstadt mit Ortsverwaltung umgestaltet werden.

231

232 **Wohnraum für Senioren**

233 Vor allem Senioren werden zunehmend aus Mainz herausgedrängt, weil sie keinen
234 geeigneten und gleichzeitig bezahlbaren Wohnraum finden. Wir unterstützen daher die
235 Schaffung senioren gerechten und preiswerten Wohnraums in den Ortskernen der Stadtteile.

236

237 **Barrierefreies Bauen**

238 Das barrierefreie und behindertenfreundliche Bauen gemäß der Landesbauordnung
239 Rheinland-Pfalz muss in der Stadtplanung insgesamt konsequent umgesetzt werden. Dies
240 betrifft vor allem auch öffentliche Gebäude wie das Staatstheater oder die Ortsverwaltungen.

241

242 **Layenhof**

243 Die Entwicklung des Layenhofs muss über das Instrument des städtebaulichen Masterplans
244 vorangetrieben werden. Auch hier gilt, dass wir eine umfassende und ganzheitliche
245 Vorgehensweise in der Stadtentwicklung fordern. Wir unterstützen das Konzept des sozialen
246 Dorfs. Die weitere Entwicklung müssen der Zweckverband Layenhof, Mainz und
247 Wackernheim sowie die GVG lückenlos und transparent durchführen. Der Mainzer
248 Bauausschuss ist regelmäßig über die Entwicklungen auf dem Layenhof zu informieren –
249 das Gebiet ist nicht „exterritorial“.

250

251

252 **Energie**

253

254 **Alternative Energien**

255 Wir setzen uns für neue Energietechniken und für konsequentes Energiesparen ein.
256 Langfristig liegt die Zukunft bei alternativen Energiequellen. In den Flächennutzungsplänen
257 der Stadt sollen geeignete Flächen für entsprechende Anlagen zur Nutzung von
258 erneuerbaren Energiequellen ausgewiesen werden.

259 Die Bebauungspläne für alle Neubaugebiete sollen die bestmögliche Nutzung von
260 Solarenergie durch eine entsprechend vorgeschriebene Ausrichtung der Gebäude
261 ermöglichen. Die Stadtgebiete sollten auf die Tauglichkeit zur Nutzung von alternativen
262 Energien hin geprüft werden. Vorhandene Förderprogramme zur Erstellung von
263 Energiekonzepten können Immobilienbesitzern die Umstellung erleichtern.

264

265 **Fernwärmezwang aufheben**
266 Auf dem Lerchenberg sind formale und wirtschaftliche Hindernisse für Solaranlagen zu
267 beseitigen. Nirgendwo in der Stadt darf es ein Solarverbot geben. Auf dem Lerchenberg
268 muss der Anschlusszwang an das Fernwärmenetz für all diejenigen abgeschafft werden, die
269 alternative Energien zur Wärmegegewinnung nutzen.

270
271 **Kraft-Wärme-Kopplung**
272 Der schnelle Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung in Blockheizkraftwerken (BHKW) durch
273 Erweiterung des Fern- und Nahwärmeheizungsnetzes muss in Mainz vorangetrieben
274 werden. Deshalb sollten Neubaugebiete nur mit Fernwärmeheizungen aus Kraft-Wärme-
275 Kopplung geplant werden. Auch die Mainzer Neustadt könnte die Abwärme des Mainzer
276 Industriegebietes nutzen.

277
278 **Biogas-Kraftwerk**
279 Für ganz Mainz sollte die Abwärme aus einem Biogas-Kraftwerk auf der Ingelheimer Aue
280 genutzt werden. Besonders im Sommer sollte das Warmwasser in Mainz nicht über Strom,
281 sondern über Wärmetauscher aus der Abwärme erzeugt werden.

282
283 **Ökologische Sanierung**
284 Alle städtischen Gebäude sollen ökologisch saniert werden. Die Energiekosten bei den
285 städtischen Gebäuden sind durch gezielte Investitionen in Dämmung, Solarthermie,
286 Erdwärme und Photovoltaik systematisch zu reduzieren.

287 288 289 **Umwelt**

290
291 **Zweiter Mainzer Grüngürtel**
292 Wir wollen einen zweiten Mainzer „Grüngürtel“ und die Voraussetzungen dafür schaffen,
293 dass ein Flora-Fauna-Habitat-(FFH-)Gebiet vom Ober-Olmer Wald über den Flugplatz,
294 Höllenberg, mittels grüner Brücken über die Autobahn, Gonsenheimer Wald, Uhlerborner
295 Weiher bis zum Rheinufer entstehen kann.

296
297 **Lennebergwald und Mainzer Sand**
298 Den Ausbau der A 643 zu Lasten des Lennebergwaldes und des Mainzer Sandes lehnen wir
299 ab. Zum Schutz des Naturschutzgebietes soll das Konzept 4+2 umgesetzt werden (Nutzung
300 des Standstreifens bei hohem Verkehrsaufkommen).

301
302 **Landwirtschaft**
303 Die anerkannte kontrolliert integrierte Landwirtschaft, vor allem aber die ökologische
304 Landwirtschaft sollen besser gefördert werden. Der Flächenfraß zulasten der Landwirtschaft
305 ist zu stoppen.

306
307
308 **Immissionsschutz**
309 Unsere Stadt wird von allen Seiten beschallt. Der unablässige Fluglärm ist dafür nicht der
310 einzige Grund. Besorgniserregend sind auch die Entwicklung des Schienenverkehrs und der
311 Ausbau des Autobahnnetzes rund um Mainz. Hinzu kommt die oft unerträgliche
312 Geruchsbelastung für die Menschen in Mombach. Das Maß an erträglichen Immissionen ist
313 längst voll.

314
315 **Lärm-Minderungsplan**
316 Für Mainz liegt ein Lärminderungsplan vor. Wir drängen auf eine konsequente Umsetzung.
317 Im Lärm-Minderungsplan soll zur Umsetzung durch die Verwaltung verbindlich

318 vorgeschrieben werden, Vorhaben im Verkehrs- und Gewerbebereich nur noch dann zu
319 genehmigen, wenn dabei das heutige Lärmniveau oder ein Beurteilungspegel von 65 dB(A)
320 und nachts von 45 dB(A) deutlich unterschritten wird.

321

Fluglärm

322 Der Lärm über Wohngebieten unserer Stadt, über Kindergärten, Schulen und
323 Krankenhäusern ist nicht akzeptabel. Fluglärm macht krank: Es ist daher wichtig und richtig,
324 dass Mainz sich mit aller Vehemenz gegen den Fluglärm positioniert. Die ÖDP unterstützt
325 dies und setzt sich für ein absolutes Nachtflugverbot ohne jede Ausnahme von 22 bis 6 Uhr
326 ein. Wir wollen zudem den Ausbaustopp am Frankfurter Flughafen erreichen (kein Terminal
327 3). Wir fordern ferner:

- 329 • Schaffung von rechtlich einklagbaren Grenzen der Belastung für die Bürgerinnen und
330 Bürger.
- 331 • Verursachergerechte Zuordnung von Kosten auf die Luftverkehrsindustrie; Stopp der
332 Subventionen.
- 333 • Verringerung der Flugbewegungen auf maximal 380.000/Jahr und der bestehenden
334 Belastungen durch Fluglärm, Luftverschmutzung und Bodenverbrauch durch Flugverkehr
335 im Rhein-Main-Gebiet.

336 Weitere Infos: www.oedp-mainz.de/fluglaerm-ueber-mainz/

337

Autobahnausbau

339 Für Marienborn, Finthen, Gonsenheim und Mombach sind effektive, umweltverträgliche
340 Lärmschutzmaßnahmen in den Bereichen der A 643 und der A 60 zu schaffen.
341 Wir setzen uns für die Einhausung des Autobahnabschnitts bei Marienborn im Zuge des
342 Ausbaus der A 60 ein. Darüber hinaus brauchen wir auf dem Autobahnabschnitt Richtung
343 Alzey Geschwindigkeitsbeschränkungen auf 100 km/h (80 km/h in der Nacht). Nur so können
344 wir einen wirklich effektiven Schutz vor Lärm und Feinstaub erreichen.

345

Geruchsbelästigungen

347 In der Frage der Geruchsbelästigung aus dem Mainzer Industriegebiet wollen wir in einem
348 offensiven Dialog mit den verantwortlichen Unternehmen zu einer nachhaltigen Lösung
349 kommen. Es sollten alle technischen Möglichkeiten ausgenutzt werden, das Geruchsproblem
350 dauerhaft zu beseitigen. Zusätzliche Quellen für Geruchsbelastungen müssen unbedingt
351 vermieden werden.

352

353

Verkehr

354

ÖPNV

357 In Bezug auf die Individualmobilität führt kein Weg an einer erheblichen qualitativen und
358 quantitativen Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) vorbei. Der
359 ÖPNV ist eine tragende Säule der Daseinsvorsorge. Die Attraktivität des ÖPNV kann durch
360 die Einführung eines preiswerten „Abo-Bürgertickets“ für die Rhein-Main-Nahe-Region noch
361 erheblich gesteigert werden, wie es beispielsweise in der Rhein-Neckar-Region bereits heute
362 der Fall ist. Die attraktive Mitnahmeregelung für Kinder ist im Verkehrsverbund
363 Mainz/Wiesbaden beizubehalten und möglichst in den angrenzenden Verkehrsverbänden
364 einzuführen.

365

Stadtbahn und Straßenbahn

367 Wir wollen den Auf- bzw. Ausbau eines Stadtbahnnetzes für den Bereich des
368 Verkehrsverbundes Mainz-Wiesbaden. Auf den nicht elektrifizierten Strecken könnten
369 Hybrid-Stadtbahnwagen fahren, die sowohl elektrisch als auch mit alternativen Treibstoffen
370 betrieben werden. Dadurch könnten fallweise Kosten beim Ausbau der nötigen Trassen

371 eingespart werden. Der Bau der Straßenbahn vom Hauptbahnhof über die Universität,
372 Bretzenheim, Marienborn und das ZDF zum Lerchenberg ist ein Schritt in die richtige
373 Richtung.

374

375 **Busverkehr**

376 Wo möglich befürworten wir den Bau von weiteren Busspuren und den Einbau von
377 elektronischen Ampelvorrangschaltungen. Wir unterstützen die Optimierung des Bussystems
378 gemäß den Vorgaben des Nahverkehrsplans, insbesondere die Realisierung einer Buslinie
379 durch den Hechtsheimer Ortskern (Hechtsheimer Gewerbegebiet - Ortskern Hechtsheim -
380 Frankenhöhe - Weisenau), der Verbindung Lerchenberg – Gonsenheim und/oder einer
381 Ringbuslinie für das gesamte Mainzer Stadtgebiet.

382

383 **Radwegenetz**

384 Wir wollen einen weiteren konsequenten, umweltverträglichen Ausbau des Radwegenetzes.
385 Im Stadtgebiet sollen ausreichend Fahrradständer – eventuell finanziert durch Sponsoren –
386 aufgestellt werden.

387

388 **Park-and-Ride-Anlagen**

389 Wir setzen uns für den Bau von kleineren Park-and-Ride-Anlagen in den größeren
390 Gemeinden Rheinhessens und entlang von Bahnlinien zur Entlastung des Mainzer
391 Stadtverkehrs ein. Dabei sollen Park-and-Bike-Systeme berücksichtigt werden. Hier muss es
392 eine effektivere Zusammenarbeit mit den Landkreisen Mainz-Bingen und Alzey-Worms
393 geben. Gleichzeitig sollten Park-and-Ride-Anlagen in Weisenau und im Bereich des
394 Lerchenberger Kreisels geschaffen werden.

395

396 **Car-Sharing**

397 Der Bevölkerung müssen ausreichende, akzeptable Alternativen zur Nutzung des eigenen
398 Autos geboten werden. Diese Alternativen sind ein gut erreichbarer Fuhrpark geeigneter
399 Mietfahrzeuge für die gelegentliche Nutzung, jede Form des Mitfahrens, ein gut erreichbarer,
400 sauberer und sicherer ÖPNV, das Fahrrad und schließlich die Möglichkeit, zu Fuß zu gehen.
401 Wir wollen Car-Sharing-Initiativen in allen Mainzer Stadtteilen.

402

403 **Mobilitätsmanager**

404 In der Stadtverwaltung soll eine neue Personalstelle für einen Mobilitätsmanager in Mainz
405 geschaffen werden. Er soll dafür sorgen, dass die Verkehrsarten des Umweltverbundes
406 (ÖPNV, Fahrrad, eigene Füße) gestärkt werden und die für diese Verkehrsmittel vorhandene
407 Infrastruktur instand gehalten und erweitert wird.

408 Wir brauchen mehr fußgängerfreundliche Straßenführungen, Ampelschaltungen und kurze
409 direkte Wege. Sämtliche Fußwege sind hierauf systematisch zu überprüfen und zu
410 verbessern.

411

412 **Schwerlastverkehr**

413 Der Schwerlastverkehr ist besonders aus den engen Ortskernen der Vororte und aus
414 Wohnstraßen herauszuhalten.

415

416

417 **Gewerbeansiedlung**

418

419 **Wissenschaft und Universität**

420 In Zusammenarbeit mit der Universität und den Fachhochschulen sollte ein
421 Wissenschaftspark eingerichtet werden, um kreative und innovative Arbeitsplätze zu
422 schaffen.

423

424 **Medienstandort**

425 Wir bekennen uns zum Medienstandort Mainz. Dieser muss weiter ausgebaut und attraktiver
426 gestaltet werden. Dabei genießt die Unterstützung des öffentlich-rechtlichen Fernsehens und
427 Rundfunks eine besondere Priorität. Wir schlagen die Errichtung einer Medienhochschule
428 unter Einbeziehung der vorhandenen Ausbildungsmöglichkeiten in diesem Bereich vor.

429

430 **Soziales und Arbeit**

431

432 **Sozialpakt**

433 Im Rahmen eines funktionierenden Sozialpakts sollte der Gewerbesteuerhebesatz gesenkt
434 werden. Er befindet sich derzeit in Mainz auf dem höchsten Niveau aller Städte in Rheinland-
435 Pfalz. Kleinbetriebe und Mittelstand werden durch eine Senkung gestärkt, dies wiederum
436 kommt dem Arbeitsmarkt zugute. Damit würde die Stadt bei den Sozialausgaben entlastet.

437

438 **Wirtschaft und Arbeit**

439 Das Wirtschaftsdezernat soll zum Dezernat für Arbeit und Wirtschaft umorganisiert werden.

440

441 **Arbeitsmarktpolitische Integrationsleistungen**

442 Wichtige arbeitsmarktpolitische Integrationsleistungen können in Mainz nicht mehr erbracht
443 werden, seit die SPAZ gGmbH weitestgehend zerschlagen wurde. Die Verwaltung muss
444 daher neue gemeinnützige Beschäftigungsfelder entwickeln, die es arbeitslosen Menschen
445 ermöglichen einer Erwerbstätigkeit im öffentlichen Interesse nachzugehen. Wir halten hier
446 besonders Beschäftigungsmöglichkeiten in den Bereichen Ökologie, Umwelt sowie Kultur
447 und Denkmalpflege für geeignet.

448

449 **Mainzer Sozialpass**

450 Die Einführung des Mainzer Sozialpasses muss endlich realisiert werden.

451

452

453 **Betreuung und Bildung**

454

455 **Ganzheitliche Bildung**

456 Wir setzen uns dafür ein, den Kindern unserer Stadt unabhängig von ihrer Herkunft und ihrer
457 familiären Situation gleiche Startchancen für eine gelingende Zukunft zu bieten. Hierzu
458 benötigt Mainz ein ganzheitliches Konzept, dass besonders auch den Austausch zwischen
459 Kita, Grundschule und weiterführender Schule intensiviert.

460

461 **Sprachförderung**

462 Die Sprachförderung durch Fachkräfte in den Kitas soll erhalten bleiben und, wo notwendig,
463 ausgebaut werden. Dabei soll eine Feststellung der Lernfortschritte (Evaluierung) zum festen
464 Bestandteil des Programms werden. Für Schüler/-innen, bei denen
465 Entwicklungsverzögerungen, wie z.B. Lese-, Rechtschreib- oder Rechenschwäche
466 festgestellt werden, sollen die Förderangebote verbessert werden. Wichtig ist in diesem
467 Zusammenhang auch der Ausbau des schulpsychologischen Dienstes.

468

469 **Angebote in der Kinderbetreuung**

470 Der Bau der noch ausstehenden und der Ausbau der vorhandenen Kinderkrippen und
471 Kindergärten zu Kindertagesstätten hat Priorität bei den städtischen Ausgaben und
472 Maßnahmen. Die Einrichtung von weiteren Wald- und Naturkindergärten sollte geprüft
473 werden. Lücken in der Versorgung einzelner Stadtteile sind zu schließen. Dazu zählen für die
474 ÖDP auch Hortplätze an den Grundschulen.

475

476 **Ganztagsangebote wahlweise**

477 Mittelfristig soll wahlweise ein ausreichendes Ganztagsangebot in allen Schulformen und
478 möglichst vielen Ortsteilen vorgehalten werden.

479
480

481 **Schule**

482

483 **Schule und Ausbildung verzahnen**

484 In den weiterführenden Schulen muss eine engere Verzahnung von Theorie und Praxis
485 stattfinden. Hierbei sollten die Schulen verstärkt Kooperationen mit örtlichen
486 Ausbildungsbetrieben eingehen, um den Schülerinnen und Schülern durch das Angebot von
487 Betriebspraktika frühzeitig einen Einblick in das Arbeitsleben zu ermöglichen.

488

489 **Kleine Klassen und Schulversorgung**

490 Die ÖDP fordert eine Begrenzung der Klassenstärke auf maximal 20 Schülerinnen und
491 Schüler. Der mittelfristige Rückgang der Schülerzahlen eröffnet diese Chance, um Arbeit in
492 kleinen Lerngruppen, individuelle Förderung Einzelner und die Entwicklung einer neuen
493 Unterrichtskultur in kleinen, wohnortnahen Schulen als mittelfristiges Ziel umzusetzen.
494 Zudem brauchen wir mehr Lehrerinnen und Lehrer. Hierzu sind die Anstrengungen des
495 Landes als Bildungsträger und der Stadt als Schulträger zu verstärken. Die Stadt muss
496 hierzu ausreichend Schulen für alle Schulformen unterhalten.

497

498 Die „Starterklassen“ für Flüchtlingskinder sind bei Bedarf auch an anderen Schulen
499 einzurichten.

500

501 **Gymnasien**

502 Die ÖDP begrüßt, dass es in Mainz sowohl G8 als auch G9-Gymnasien gibt. Dies eröffnet
503 den Eltern die Möglichkeit, für ihr Kind die am besten geeignete Form des Gymnasiums
504 auszuwählen.

505

506 **Schülerinnen und Schüler aus Hessen**

507 Unter Berücksichtigung der Schülerzahlen soll den Schulen generell wieder erlaubt werden,
508 Schülerinnen und Schüler aus den angrenzenden AKK-Gemeinden sowie benachbarten
509 hessischen Kommunen aufzunehmen. Die Erfahrungen waren über Jahrzehnte hinweg
510 positiv und sollten nicht leichtfertig rein finanziellen Überlegungen untergeordnet werden.

511

512 **Schulträgerausschuss**

513 Die Zusammensetzung des Schulträgerausschusses soll durch eine Wahlordnung mehr
514 Transparenz erhalten. Die Kompetenzen des Schulträgerausschusses sollen besser als
515 bisher genutzt werden. Hierzu bedarf es einer verbesserten Kommunikation zwischen der
516 Schulverwaltung und dem Ausschuss.

517

518 **Schulsozialarbeit**

519 Die Schulsozialarbeit ist durch das Ausscheren des Bundes aus der Förderung ernsthaft in
520 ihrem Bestand gefährdet. Die Schulverwaltung wird aufgefordert, mit Bund und Land (und
521 ggf. unter Hinzunahme von EU-Mitteln) über eine langfristige und gesicherte Finanzierung
522 dieser wichtigen Arbeit zu verhandeln. Jede Schule sollte zwei Sozialarbeiter und einen
523 Schulpsychologen haben. Die ÖDP unterstützt den Einsatz von Schulsozialarbeitern in allen
524 Schulformen.

525

526 **Inklusion**

527 Inklusionsprojekte an Schulen sind zu fördern. Im Bereich der Inklusion ist allerdings darauf
528 zu achten, dass die Existenz der Förderschulen auch auf Dauer gesichert bleibt, um den
529 betreffenden Eltern die Möglichkeit zu geben, auch zukünftig diese Schulform für ihre Kinder

530 auswählen zu können. Bei Inklusionsklassen ist eine angemessene pädagogische und
531 soziale Betreuung sicherzustellen.

532

533 **Mainz als Schulträger**

534 In den nächsten Jahren muss trotz knapper kommunaler Finanzen die Priorität nicht nur im
535 Schulneubau liegen, sondern auch in erforderlichen Schulsanierungsmaßnahmen.

536 Gleichmaßen muss die Stadt dafür sorgen, dass ausreichende Lernmittel und das
537 erforderliche nicht-pädagogische Personal (die Lehrkräfte zahlt das Land) in den Mainzer
538 Schulen zur Verfügung stehen. Dazu müssen in Abstimmung mit den Schulleitungen und
539 den Schulelternbeiräten Bedarfspläne erstellt werden.

540

541 **Zusammenarbeit mit Mainz-Bingen**

542 Die begonnene Zusammenarbeit mit dem Landkreis Mainz-Bingen im Bereich der
543 Schulentwicklung muss intensiviert werden; z.B. bei der sinnvollen Lenkung von
544 Schülerströmen. Der Landkreis sollte sich an den Kosten für die Berufsbildenden Schulen
545 (Fahrtkosten, Baumaßnahmen, Ausstattung) mehr als bisher beteiligen.

546

547 **Medienausstattung in Schulen**

548 Die Stadt Mainz als Schulträger hat gemäß des Beschlusses der Kultusministerkonferenz
549 vom 08.03.2012 einen Medienentwicklungsplan für die Schulen aufzustellen und
550 entsprechende Mittel bereitzustellen. Die mangelhafte Versorgung der Schulen mit
551 Computern und anderen Kommunikationsmitteln ist zu verbessern. Hierzu sollen die Schulen
552 verstärkt von der Kommunalen Datenzentrale (KDZ) betreut werden.

553

554 **Medienerziehung**

555 Die Vielzahl an modernen Kommunikationstechnologien und Medien machen es erforderlich,
556 dass qualifizierte Medienpädagogen den Schülerinnen und Schülern den sicheren und
557 sinnvollen Umgang hiermit vermitteln.

558

559

560 **Familien**

561

562 **Familienbeiräte**

563 Zur Verzahnung mit allen Politikfeldern wollen wir die Einführung von kommunalen
564 Familienbeiräten. Die Aufgaben des Familienbeirats sind die Prüfung der
565 Familienverträglichkeit bei kommunalen Planungen, Maßnahmen, Dienstleistungsangeboten,
566 familienorientierten Aktionen und Veranstaltungen sowie die Erstellung eines städtischen
567 Familienberichts.

568

569 **Kinderreiche Familien**

570 Familienpässe für kinderreiche Familien können die wirtschaftliche Benachteiligung
571 zumindest mildern. Daher soll in Mainz eine „Familienkarte“ eingeführt werden, damit
572 öffentliche Einrichtungen von kinderreichen Familien kostenlos oder verbilligt genutzt werden
573 können.

574

575 **Wohnraum für Familien**

576 Bei der Vergabe von knappem Bauland sind Familien zu bevorzugen. Der
577 Grundstückskaufpreis sollte entsprechend der Zahl der Kinder ermäßigt werden – auch noch
578 nach dem Kauf, wenn weitere Kinder geboren werden.

579

580 Wohnraum für studentische Familien sollte in und an der Universität gefördert werden, um
581 einen frühen Kinderwunsch zu unterstützen. Regelstudienzeiten und Stipendien sollen pro
582 Kind verlängert werden.

583

584 **Jugend und Freizeit**

585 Wir müssen den Jugendlichen sinnvolle und attraktive Freizeitbeschäftigungen in der Stadt
586 und der freien Natur bieten. Ein Mittel dazu sind mehr Spiel- und Sportstätten für Jugendliche
587 auch im Innenstadtbereich. Diese müssen bei Bedarf von Streetworkern betreut werden.

588

589 Wichtig sind auch der Erhalt der Jugendzentren sowie deren Ausstattung mit angemessenen
590 Finanzmitteln und ausreichendem Personal, damit sie ihrer Arbeit auch nachkommen
591 können.

592

593 **Alt und Jung gemeinsam**

594 Wir unterstützen das Projekt „Alt und Jung gemeinsam wohnen“ (Mehrgenerationenhaus)
595 und fordern die Stadtverwaltung auf, bei der Suche von geeignetem Wohnraum behilflich zu
596 sein.

597

598

599 **Kultur**

600

601 **Staatstheater Mainz**

602 Wir wollen die Mainzer Kultur möglichst breit fördern und wenden uns daher gegen eine
603 einseitige weit überproportionale Finanzförderung des Staatstheaters. Wir brauchen neue
604 Konzepte für das Staatstheater und setzen uns für Kooperationen zum Beispiel mit dem
605 Staatstheater Wiesbaden ein, um die derzeit immensen Kosten für das Mainzer Haus bei
606 gleichbleibender Qualität deutlich zu senken.

607

608 **Kultureinrichtungen**

609 Wir setzen uns für eine Existenz- und Standortsicherheit für Kunst- und Kultureinrichtungen,
610 Vereine und Initiativen wie KUZ, Stadtkino, CinéMayence etc. ein.

611

612 **Historisches Erbe**

613 Das historische Erbe muss erhalten und gepflegt werden. Mittelalter und Neuzeit sind
614 gleichwertig neben der Römerzeit zu berücksichtigen.

615

616 **Stadtbibliothek und Stadtarchiv**

617 Die ÖDP hat sich massiv gegen die Zerschlagung der Wissenschaftlichen Stadtbibliothek
618 durch die Ampelkoalition im Mainzer Stadtrat positioniert. Die Personal- und
619 Mittelreduzierungen sind aus Sicht der ÖDP für die „Wissenschaftsstadt Mainz“ ein
620 Armutszeugnis. Es ist zudem erforderlich, den Sanierungsstau im Gebäude Rheinallee 3 b
621 im Rahmen eines stadtweiten Sanierungskonzeptes für alle städtischen Gebäude nicht aus
622 den Augen zu verlieren.

623

624 **Museen in Mainz**

625 Der Erweiterungsbau für das Gutenberg-Museum ist überfällig. Die ÖDP steht für den Erhalt
626 und die Weiterentwicklung des Naturhistorischen Museums ein. Wir setzen uns für ein
627 Museum der Mainzer Geschichte unter Einbeziehung des Stadtarchivs und des seit langem
628 diskutierten Fernשמuseum ein. Zu letzterem sollten in erster Linie ortsansässige
629 Sponsoren auch aus der Medienbranche gefunden werden.

630

631 **Feste in Mainz**

632 Wir wollen, dass das Angebot an (vor allem rein kommerziellen) Festen in Mainz kritisch
633 überprüft und neu konzipiert wird. Denn einerseits haben sich viele Angebote zu reinen
634 kommerziellen Events mit zu lauter Musik entwickelt, andererseits geht teilweise sehr viel
635 sonstiger Lärm von diesen Festen aus – darunter leiden die Anwohnerinnen und Anwohner.

636 Außerdem führt das Überangebot dazu, dass vielfach die Feste kaum noch besucht werden.
637 Darunter leiden vor allem die Kerbeveranstaltungen in den Stadtteilen.

638

639 **Graffiti-Flächen in Mainz**

640 Der Stadtratsbeschluss aus dem Jahr 2011, Flächen im Stadtgebiet für Graffiti-Künstler
641 festzulegen und diese entsprechend auszuweisen, muss endlich umgesetzt werden. Das
642 Kultur- und das Jugendamt müssen in den Ortsbeiräten verstärkt Informationsarbeit leisten.

643

644

645 **Städtische Einrichtungen**

646

647 **Sanierung Rathaus und andere Verwaltungsstandorte**

648 Die ÖDP fordert eine ergebnisoffene Prüfung über Sanierung, Neubau und/oder
649 Vermarktung der drei Verwaltungsstandorte Rathaus, Stadthaus und Zitadelle. Für das
650 Rathaus können wir heute schon einen Sanierungsrückstau bzw. Revitalisierungskosten von
651 mindestens 40 Mio. Euro belegen. Realistisch betrachtet wird es auf den doppelten Betrag
652 hinauslaufen. Für die Gebäude der Zitadelle Mainz hat das Baudezernat mit Stand aus dem
653 Jahr 2009 einen Sanierungsbedarf in Höhe von 21 Mio. Euro brutto beziffert. Die Kosten für
654 das Stadthaus sind noch unbeziffert. Nur in der Gesamtschau auf alle drei Standorte kann
655 eine seriöse Planung durchgeführt und können weitere Kostenexplosionen verhindert
656 werden.

657

658 **Sporthallen und Bürgerhäuser**

659 Wir unterstützen den Bau der Finther Sporthalle. Um Geld zu sparen, sehen wir vom
660 herkömmlichen Norm-Sportstättenbau ab und bevorzugen Mehrzweck-Anlagen mit variabler
661 Ausstattung (mobile Tore, Netze, weitere Ballspiele auf Tennisplätzen), die auch freies
662 kreatives Spielen ermöglichen und andere Nutzungsoptionen offen halten. In diesem Sinne
663 sollten auch für die Bürgerhäuser in Hechtsheim, Finthen, Lerchenberg und Weisenau
664 endlich tragfähige Sanierungs- und Nutzungskonzepte auf den Weg gebracht werden.

665

666 **Sternwarte**

667 Die ersatzlose Schließung der Sternwarte ist ein herber Schlag für die Wissenschaftsstadt
668 Mainz. Die zuständige Bau- und Kulturdezernentin hat trotz mehrfacher Anfragen und
669 Unterstützungsangebote bei der Sponsorsuche bis heute wenig Engagement in dieser
670 Sache gezeigt und offenbar nicht nach einem neuen Standort gesucht. Die Planungen der
671 Stadt für einen Mehrzweckraum, den die AAG für Vorträge nutzen darf, sind zwar erfreulich,
672 aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

673

674 **Mainzer Sportticket**

675 Die Sportstätten sollten sich stärker auch für Nichtorganisierte öffnen. Durch die Einführung
676 eines Mainzer Sporttickets in Absprache mit den Sportvereinen wäre dies machbar. Dies
677 ermöglicht den Nichtorganisierten bzw. den Vielfachinteressierten in Form einer
678 Abonnement-Berechtigungskarte die unterschiedlichen Sporteinrichtungen in Mainz zu
679 nutzen und somit die Bandbreite des Mainzer Sportlebens kennen zu lernen.

680

681

682 **Tierschutz**

683

684 **Hundesteuererhöhung unsozial**

685 Die Erhöhung der Hundesteuer war aus sozialen Gründen ein Fehler. Die örtlichen
686 Tierheime sollten dadurch unterstützt werden, dass für aus Tierheimen übernommene
687 Hunde für mindestens ein Jahr keine Hundesteuer erhoben wird. Die Hundesteuer muss
688 verstärkt zweckgebunden verwendet werden. Zum Beispiel für Vermeidungs- und

689 Aufklärungskampagnen gegen Hundekot auf Fußwegen und zur Schaffung von
690 Auslaufflächen.

691

692 **Tierhaltung in Stadtpark und Wildpark**

693 Ein externes Gutachten über die städtische Tierhaltung im Stadtpark und im Wildpark
694 (Gonsenheim) soll eine konsequente artgerechte Haltung sicherstellen und für die Besucher
695 eine verbesserte, am Tier orientierte, didaktische Begleitung ermöglichen. Wir wollen die
696 Einstellung von Tierpflegern (derzeit werden die Tiere durch Gärtner betreut).

697

698

699 **Sauberes Mainz**

700

701 **Straßenreinigung und Kehrsatzung**

702 Die Straßenreinigung in Mainz muss dort effektiver werden, wo sie für die Allgemeinheit
703 handelt. Sie muss aber dort nicht zum Einsatz kommen, wo die Bürgerinnen und Bürger
704 selbst die Straßen kehren wollen (Lerchenberg, Großberghang, Gonsheimer
705 Neubaugebiete). Hier muss die Verwaltung auf die Wünsche der betroffenen Anwohnerinnen
706 und Anwohner eingehen. Die Kehrsatzung (Straßenreinigungssatzung) muss entsprechend
707 geändert werden.

708

709 **Sauberkeit**

710 Die Sauberkeit der Stadt muss auch dadurch verbessert werden, dass z.B. nach dem
711 Braunschweiger Modell, häßliche Grafittis, Müll und Unrat beseitigt wird. Für die vom
712 Stadtrat im Februar 2014 beschlossene Kampagne für mehr Sauberkeit sollen nach
713 Möglichkeit prominente Mainzerinnen und Mainzer aus Sport, Fernsehen und Gesellschaft
714 als Werbeträger mit Vorbildcharakter gefunden werden. Nach dem Motto „Mit gutem Beispiel
715 voran“ wären hierfür sicherlich auch Mitglieder des Stadtrates geeignet, die durch ihr
716 Engagement im Sport oder in der Fastnacht besondere Bekanntheit in Mainz genießen.

717

718